

Einleitung

I.

Prozesse des *nation building* im 20. Jahrhundert sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, den damit einhergehenden Umbrüchen in Südost- und Osteuropa sowie vor dem Hintergrund erhöhter Aufmerksamkeit für ethnische, religiöse und territoriale Konfliktpotenziale in Asien, Afrika und Lateinamerika verstärkt in den Fokus historischer Forschungen gerückt. Diese konzentrieren sich mehrheitlich auf die gesellschaftliche und politische Aushandlung „national“ informierter Ordnungsvorstellungen und Legitimierungskonzepte in neu entstandenen Staatswesen sowie auf die Durchsetzung dieser Konzeptionen im internationalen Staatenverbund. In historischer Perspektive erscheint *nation building* als ein meist von den Machteliten geprägter sozio-politischer Prozess, mit dem Ziel, eine Gesellschaft mit einer gemeinsamen nationalen Identität zu formen.¹ Nach der spezifischen Herausbildung der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts entstanden im 20. Jahrhundert neue Staaten durch gewaltsame Gebietsrevisionen oder aufgrund dynamischer innerer Prozesse infolge von Kriegen, nach Zusammenbruch bzw. Zerstörung bestehender Imperien und Vielvölkerstaaten: Von Bedeutung sind hier die Staatswerdungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, im Zuge des Zusammenbruchs der Kolonialreiche und nach Ende des Kalten Kriegs 1989/90. Seit den 1990er Jahren werden in Krisenregionen mit ihren realen oder vermeintlichen Gefahren für die Ordnung in benachbarten Ländern sowie aufgrund geopolitischer Interessen von Großmächten, zuvorderst der USA, verstärkt von außen *nation building*-Prozesse befördert. Dies geschieht auch auf die Gefahr hin, dass derartige Initiativen selbst konfliktverschärfend wirken.² „After conflicts end“, so das Verständnis von *nation building* als Krisenmanagement, „allied nations must undertake military, political, humanitarian, and economic activities to enable states to prosper“.³ Zur Beschreibung des Aufbaus von politischen und ökonomischen Strukturen sowie einer professionellen Verwaltung bevorzugen Kritiker den Begriff des *state building*, das sie als Teil von breiter angelegten *peace building*-Bemühungen ansehen.⁴ In der Sache bemängeln sie, dass der Einsatz militärischer Mittel bei *nation building*-Prozessen zu oft im

¹ Vgl. Harris Mylonas, *Assimilation and Its Alternatives. Caveats in the Study of Nation-Building Policies*, in: Erica Chenoweth/Adria Lawrence (Hrsg.), *Rethinking Violence. States and Non-State Actors in Conflict*, Cambridge, MA 2010, S. 83–116, hier S. 83.

² Vgl. Jochen Hippler, *Nationalstaaten aus der Retorte? Nation-Building zwischen militärischer Intervention, Krisenprävention und Entwicklungspolitik*, in: Ders. (Hrsg.), *Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?*, Bonn 2004, S. 145–170; zur Politik der USA vgl.: Nathan Hodge, *Armed Humanitarians. The Rise of the Nation Builders*, New York 2010.

³ Zitiert nach: www.rand.org/topics/nation-building.html (Eingangsseite, zuletzt eingesehen am 7. 2. 2013). Auf dieser Seite der seit 1948 aktiven, international operierenden Non-Profit-Organisation RAND (Research and Development) finden sich zahlreiche Darstellungen zu *nation building*.

⁴ Vgl. Patrice C. McMahon and Jon Western, *Introduction: the Supply Side of Statebuilding*, in: Dies. (Hrsg.), *The International Community and Statebuilding. Getting Its Act together?*, London 2012, S. 5–7; Shahar Hameiri, *Regulating Statehood. State Building and the Transformation of the Global Order*, Basingstoke 2010.

Zentrum stehe. Ungeachtet der begrifflichen Diskussionen sind für den gesamten Prozess Fragen nach Selbstverständnis und Identität der Gesellschaften, in denen solche Prozesse vollzogen bzw. implementiert werden, von Bedeutung. Das machen in jüngerer Zeit etwa Forschungen zum politischen Transformationsprozess im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak⁵ sowie zu den politischen Umwälzungen infolge der „arabischen Revolution“ deutlich, die wahlweise unter den Begriffen *nation building*, *state building* und *peace building* diskutiert werden.⁶

II.

Es wird in der Forschung vernachlässigt, dass *nation building*-Prozesse häufig mit Gebietsteilungen einhergehen, die zurückbleibende (Teil-)Staaten wie zurückbleibende Gesellschaften ihrerseits vor die Aufgabe stellen, mehrdimensionale Verlusterfahrungen – territoriale, wirtschaftliche, kulturelle, bevölkerungspolitische usw. – in eine eigene, bislang gültige „nationale“ Selbstdefinition und -legitimation zu integrieren oder ein neues Selbstverständnis zu entwerfen. Deutschland ist ein geradezu klassisches Beispiel für die spezifischen Herausforderungen, denen sich Staaten und Bevölkerungen nach Verlusterfahrungen zu stellen haben.⁷ Auf der anderen Seite müssen sich Teile in von Bürgerkriegen zerrissenen Ländern wie Irland oder die Erben von in sich tief gespaltenen Gesellschaften wie beispielsweise Südafrika nach der Auflösung alter Ordnungen – hier: der Apartheid – neu definieren.⁸

Der vorliegende Band nähert sich der historischen Mannigfaltigkeit der Problemlagen sowie den verschiedenartigen nationalen Lösungsansätzen im 20. Jahrhundert in methodischer Vielfalt, um in spezifischen Rahmen- und Wirkungsbedingungen Muster oder Sonderentwicklungen zu erfassen. Der Umgang der „Rest“-Staaten und -Gesellschaften mit identitätsrelevanten Kernaspekten einer ursprünglichen gesamt nationalen Vergangenheit wirkte in unterschiedlicher Intensität auf inner- wie zwischenstaatliche Beziehungen zurück. Die international vergleichende Perspektive auf den (erinnerungs-)politischen Umgang mit Verlusterfahrungen lässt strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede in

⁵ Vgl. Michael Ignatieff, *Empire Lite. Nation Building in Bosnien, Kosovo and Afghanistan*, London 2003; McMahon/Western (Hrsg.), *The International Community and Statebuilding* (mit Beispielen zu Bosnien, Kosovo, Afghanistan und Irak).

⁶ Benjamin Isakhan/Fethi Mansouri/Shahram Akbarzadeh (Hrsg.), *The Arab Revolutions in Context. Civil Society and Democracy in a Changing Middle East*, Melbourne 2012; Hamid Dabashi, *The Arab Spring. The End of Postcolonialism*, London u. a. 2012; Larbi Sadiki/Heiko Wimmen/Lala Al-Zubaidi (Hrsg.), *Democratic Transition in the Middle East. Unmaking Power*, London 2013.

⁷ Vgl. Han Sang-Jin (Hrsg.), *Divided Nations and Transitional Justice. What Germany, Japan, and South Korea Can Teach the World*, Boulder, CO 2012; Klaus Stüwe/Eveline Hermannseder (Hrsg.), *Die Wiedervereinigung geteilter Nationen. Erfahrungen aus Deutschland und Perspektiven für Korea*, Berlin 2011; Peter Graf Kielmansegg, *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945–1990*, München 2007; Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Phänomen*, Schwalbach am Taunus 2006; Christoph Kleßmann (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999.

⁸ Vgl. James L. Gibson, *Can Truth Reconcile Divided Nations?*, in: T. David Mason/James D. Meernik (Hrsg.), *Conflict Prevention and Peacebuilding in Post-War Societies. Sustaining the Peace*, New York 2006, S. 176–195; Kay B. Warren (Hrsg.), *The Violence within. Cultural and Political Opposition in Divided Nations*, Boulder, CO 1993.

den Reaktionen hervortreten. Sie trägt wesentlich zum tieferen Verständnis für Grundbedingungen und Mechanismen von Identitätsbrüchen bei, die in historischen wie aktuellen Krisengebieten mit diesen Erfahrungen einhergehen können.

Verlusterfahrungen ergaben sich aus unterschiedlichen historischen Prozessen. Nicht immer existierten festgefügte nationalstaatliche Strukturen, von denen sich neue Entitäten abtrennten oder von denen sie gewaltsam abgetrennt wurden. Durch die Formierung eines nationalstaatlichen Gebildes mit weitgehenden Ansprüchen wurden mitunter vermeintliche Verluste erst im Prozess der Staatswerdung zum integralen Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses, in anderen Fällen Gebiete unter wechselnder Herrschaft erst nachträglich als verlorene Gebiete erinnert und damit als Teil der Nation in die Geschichtskultur integriert. Neben derartigen fundamentalen Brüchen in nationalstaatlichen Identitätsbildungen infolge von Teilungen oder Gebietsverlusten sowie ihrer Verarbeitung rückt der vorliegende Band Formen der gesellschaftlichen Neuorientierung nach dem Zusammenbruch alter (hegemonialer) Ordnungen und Ordnungsvorstellungen ins Zentrum.

Für alle Entwicklungen sind innergesellschaftliche und -staatliche auf der einen und internationale Rahmenbedingungen für erfahrene Brüche und Prozesse neuer Identitätsbildung von besonderem Interesse. Gefragt wird hier etwa nach der bevölkerungs- oder wirtschaftspolitischen Relevanz verlорener Territorien, nach der gesellschaftlichen und politischen Interpretation derartiger Verluste, nach entsprechenden politischen und kulturellen Neujustierungen, nach Formen und Wegen einer neuen nationalen Identitätsbildung oder nach der kontinuierlichen, erinnerungspolitischen Repräsentation territorialer, wirtschaftlicher, kultureller, bevölkerungspolitischer usw. Verluste im Kontext der Identitätsbewahrung oder -bildung. Gerade dieser letztgenannte Aspekt, die erinnerungspolitische Repräsentation, ist für die Analyse des Selbstverständnisses der mit identitätsrelevanten Verlusten konfrontierten Nationen von zentraler Bedeutung, wie die folgenden Beiträge zeigen.

III.

Die Beiträge sind chronologisch entlang historischer Grundbedingungen gruppiert, die durch Teilungen oder Aufspaltungen Verluste auslösten und bedingten. Diese Gesamtkontexte lassen sich in der konkreten Untersuchung nicht isoliert fassen, aber hinsichtlich ihres Einflusses deutlich gewichten.

So sind wichtige Um- und Neubildungsprozesse weltweit ohne den Ersten und Zweiten Weltkrieg kaum denkbar. Bereits der Erste Weltkrieg veränderte die politische und kulturelle Landkarte nachhaltig, besonders in Europa. Der Zweite Weltkrieg hat dann verstärkt auch Asien umgestaltet. Der Gesamtprozess der Dekolonisation stellte vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg einen weiteren globalen Wirkungsfaktor dar, der für Asien und Afrika besondere Relevanz gewann. Mit ihm waren ethnisch-nationalistisch und religiös begründete Separationen und Bürgerkriege nur zum Teil verbunden. Auch wenn diese ihre Sprengkraft aus innerstaatlichen und -gesellschaftlichen Konstellationen heraus entwickelten, blieben sie in ihrem konkreten Verlauf deutlich von internationalen Rahmenbedingungen mitgeprägt. Auch territorial-kulturelle Neuordnungsprozesse nach dem Ende des Ost-West-Konflikts lassen sich als Beispiele für die Vermischung nationaler Ambitionen mit internationalen Machtverschiebungen verstehen.

Erster Weltkrieg

Infolge des Ersten Weltkriegs setzten in zahlreichen Ländern, darunter in Deutschland, Österreich-Ungarn, Russland und in der Türkei, soziale und politische Umbrüche ein.⁹ Zugleich verschob sich das Kräfteverhältnis zwischen Europa und den USA. In den alten respektive neuen Staatsgebilden, die Gebietsverluste hinnehmen mussten oder territoriale Eroberungen nicht in den Frieden retten konnten, ergaben sich im Zuge des Kriegs starke Identitätskonflikte, die weit in die Zwischenkriegszeit hineinreichten und mitunter bis heute spürbar sind. Diese Vorgänge werden hier am ungarischen und am italienischen Beispiel thematisiert.

Árpád von Klimó stellt heraus, wie nachhaltig die im Vertrag von Trianon 1920 vereinbarten Gebietsabtretungen zu einer Stärkung nationalistischer und religiöser Strömungen beitrugen, die dann wieder Ungarns Rolle im Zweiten Weltkrieg mitbestimmten. Die territorialen Verluste beförderten territoriale und kulturelle Hegemonievorstellungen, die in dieser Form zuvor nicht vorhanden waren. „Trianon“ wurde zu einem immer wieder neu mobilisierbaren nationalen Symbolort. Er prägte das politische und kulturelle Selbstverständnis im ehemaligen ungarischen Großreich insbesondere in den Jahren bis 1938 und dann seit den 1980er Jahren. Die gesellschaftlichen und politischen Ursachen der heutigen Verlustdiskussion sind dagegen in den Identitätskrisen nach dem Ende der kommunistischen Diktatur und aktuell in einer Enttäuschung der teilweise übersteigerten Erwartungen an die Eingliederung in die Europäische Union im Jahr 2004 begründet. Doch stets diene und dient der Bezug auf vermeintliche oder reale Verlusterfahrungen der Stärkung eines – unterschiedlich gefüllten – Opfermythos, mit dem auch von innergesellschaftlichen Spannungen abgelenkt wird.

Im Fall Italien führten Erfahrungen von militärischen Niederlagen in Verbund mit Gebietsverlusten nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg zu ausgeprägten Opfer-Narrativen. *Kerstin von Lingen* zeigt, dass sie die italienische Erinnerungskultur bis heute kennzeichnen. Wahrnehmung und Erfahrung von Verlusten erscheinen als eigentliche Grundlage von Sinnstiftungsprozessen und damit als wesentliches Moment einer Definition des Charakters der italienischen Nation. Während nach dem Ersten Weltkrieg nicht realisierte Gebietsgewinne bzw. gefühlte Verluste Großmachtambitionen beförderten und einer politischen Radikalisierung den Weg ebneten, führten die Verluste nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer erinnerungspolitischen Amnesie bezüglich der Rolle des faschistischen Italien im Zweiten Weltkrieg und zu einer behaupteten Kontinuität als Operationen.

Zweiter Weltkrieg

Folge des Zweiten Weltkriegs waren globale Machtverschiebungen und Gebietsrevisionen. Deutschland, Italien und Japan verloren an Einfluss, aber auch Frankreich, die Niederlande und Großbritannien waren so geschwächt, dass sie nach und nach ihre Kolonialgebiete

⁹ Vgl. Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz in Verbindung mit Markus Pöhlmann (Hrsg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, aktualisierte und erweiterte Studienausgabe, Paderborn 2009; Daniel Marc Segesser, *Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive*, Wiesbaden 2010; Karen Barkley/Mark von Hagen (Hrsg.), *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, Boulder, CO 1997; weiterhin: Olaf Leïße, *Der Untergang des österreichischen Imperiums. Otto Bauer und die Nationalitätenfrage in der Habsburger Monarchie*, Marburg 2012.

aufgeben mussten. Die USA und die Sowjetunion etablierten sich endgültig als neue Weltmächte.¹⁰ Die nachfolgenden Beiträge skizzieren die zentralen Ursachen der Teilungen von Deutschland, Korea und China und beschreiben die Diskurse, in denen die Teilnationen Spaltung und Gebietsverluste verhandelten.¹¹ Hierbei versuchten die zerstrittenen staatlichen Nachfolger ehemals vereinter Nationen, das gesamt-nationale Erbe zu nutzen, um sich in Auseinandersetzung mit dem Gegenpart als wahre Gesamtnation zu behaupten oder aufzubauen.

Christian Lotz stellt anhand des kartografischen Umgangs beider deutscher Staaten 1945 bis 1972 dar, wie diese mit ihren Verlusten infolge des Zweiten Weltkriegs umgingen. In den Kartenwerken spiegelten sich sowohl die Teilung wie der Wunsch nach Einheit bzw. nach Eigenstaatlichkeit wider. Die Gestaltung deutscher wie europäischer Karten und Atlanten reflektierte den nationalen Stellenwert verlorener Gebiete und hatte den jeweiligen nationalen Anspruch zu untermauern. Während sich dieser Konflikt durch die Vereinigung Deutschlands im Jahr 1990 erledigte, überdauerte die Teilung Koreas den Kalten Krieg.

Namhee Lee zufolge hatte Korea zum Zeitpunkt seiner Spaltung noch nicht das Stadium eines ausgeprägten Nationalstaats erreicht. Im Bürgerkrieg zerrissen, wurde das Land bald nach der Befreiung von japanischer Kolonialherrschaft zusätzlich zum Spielball der Großmächte USA und UdSSR. Nach der Teilung wurden in Nord- und Südkorea zwei aufeinander bezogene nationale Identitätspolitik betrieben, die der Kalte Krieg dominierte. Die politischen Eliten antworteten auf das weite gesellschaftliche Bedürfnis nach einer vereinten und unabhängigen Nation mit einem in der Kolonialära entwickelten nationalistischen Diskurs, der die Nationsbildung versprach, ohne an existierenden hierarchischen Beziehungen im Staat rütteln zu wollen.

Dekolonisation

Kolonien hatten in der Regel in ihren Unabhängigkeitskämpfen keine vollständige, allgemein verbindliche nationale Identität ausgebildet. Daher war die Welle der Dekolonisation, die nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem Asien und Afrika erfasste, von ethnisch-nationalistisch oder religiös begründeten Separationsbewegungen begleitet, die häufig mit gewaltsamen (religiösen und ethnischen) Konflikten sowie sogenannten ethnischen Säuberungen einhergingen.¹² Diese ambivalente Entwicklung führte teilweise zur Existenz mehrerer souveräner Staaten auf dem Gebiet einer ehemaligen Kolonie, die keinerlei Interesse an einer Vereinigung hatten. Das gilt etwa für Indien und Pakistan im ehemaligen

¹⁰ Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914–1945*, München 2011; Jörg Echternkamp/Stefan Martens (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung*, Paderborn 2007; Birgit Morgenrath/Karl Rössel, „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Berlin u. a. 2005.

¹¹ Vgl. John J. Metzler, *Divided Dynamism. The Diplomacy of Separated Nations: Germany, Korea, China, Lanham, MD 1996*; Jaushieh Joseph Wu (Hrsg.), *Divided Nations. The Experience of Germany, Korea, and China*, Taipei 1995.

¹² Vgl. exemplarisch Els Bogaerts/Remco Raben (Hrsg.), *Beyond Empire and Nation. The Decolonization of African and Asian Societies, 1930s–1960s*, Leiden 2012; Christopher E. Goscha/Christian F. Ostermann (Hrsg.), *Connecting Histories. Decolonization and the Cold War in Southeast Asia, 1945–1962*, Washington, D.C. 2009; Martin Thomas/Bob Moore/L. J. Butler, *Crises of Empire. Decolonization and Europe's Imperial States, 1918–1975*, London 2008; John Kent, *America, the UN and Decolonisation. Cold War Conflict in the Congo*, New York 2010.

Britisch-Indien oder Singapur und Malaysia im ehemaligen Malaya. In anderen Regionen verflocht sich der langwierige Dekolonisierungsprozess unauflösbar mit den Spannungen des Kalten Kriegs und brachte auf diese Weise komplexe Teilungen und nationale Verwerfungen mit sich. Schließlich konnte die staatliche Unabhängigkeit ohne festes nationales Band auch ohne direkte Orientierung an den Fronten des Kalten Kriegs in Bürgerkriege münden; sie dauern teilweise bis in die Gegenwart hinein an.¹³

In dem von *Peter King* beschriebenen Beispiel Indonesien waren es nicht allein die Konfliktlagen vor Ort, sondern das Wirken der ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien, Portugal und der Niederlande sowie der USA, welche die Separationsbewegungen und deren Erfolg erheblich beeinflussten. Die zeitlich deutlich versetzten Etappen der Dekolonisierung in einzelnen Regionen des Archipel begünstigten ethnisch-nationalistisch motivierte Separationsbestrebungen, die von der Zentralregierung gewaltsam bekämpft wurden. Die postkoloniale Ära in Indonesien – wie auch in diesem Band nicht näher behandelte Entwicklungen in diversen afrikanischen Staaten – zeigt das hohe Gewaltpotenzial, das Versuchen, in Gebieten ohne entsprechende nationale Identität rapide nationalstaatliche Strukturen und Machtverhältnisse zu etablieren, innewohnt.

Martin Großheim widmet sich dagegen der Mehrfachbelastung von blutigem Unabhängigkeitskampf und Kaltem Krieg, unter der Vietnam fast zerbrach. Die Kämpfe zwischen Nord- und Südvietnam, die untrennbar mit den multiplen Interessen einer Welt im Kalten Krieg verwoben waren, waren bis in die 1970er Jahre hinein von ideologisch-politischen wie spezifischen nationalistischen Visionen geprägt. Großheim zeigt die inhärenten Kurzschlüsse, Lücken und Fehldeutungen von süd- und nordvietnamesischen nationalen Meistererzählungen, die erst nach dem Ende des Kalten Kriegs an Unversöhnlichkeit und Ausschließlichkeit verloren.

Das Ende des Kalten Kriegs

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR zerfiel endgültig auch der Mythos der Völkerfreundschaft innerhalb der sowjetischen Grenzen. Die explosiven Entwicklungen in den postsowjetischen Staatengebilden führten mitunter Konfliktlinien aus dem 19. Jahrhundert fort. Die sowjetische Macht hatte in den Jahrzehnten ihres Bestehens derlei Konflikte nur unterdrücken, nicht aber lösen können.¹⁴ Die post-sowjetischen, gewundenen Nationalisierungs- respektive Renationalisierungsprozesse sind bis heute nicht abgeschlossen.

Dareg Zabarah verweist auf die tief liegenden Wurzeln der problematischen Entwicklungen in den beiden postsowjetischen moldauischen Republiken, der Rumänien zugeneigten Republik Moldau sowie der davon abgespalteten, international nicht anerkannten und auf Russland hin orientierten „Pridnestrovischen Moldauischen Republik“. Seit jeher waren alle Gebiete Einflüssen der russischen (respektive sowjetischen) und rumänischen

¹³ Vgl. hier beispielhaft die Staatsgründung Israels im Jahr 1948 und die damit einhergehende Teilung des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina, die bis heute zu einem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern geführt hat, vgl. Rolf Steininger, *Der Nahostkonflikt*, überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Frankfurt a. M. 2012.

¹⁴ Aus der Fülle der Literatur zur Nationalitätenpolitik der UdSSR vgl. mit weiteren Hinweisen u. a. Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986; Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall*. Stalinismus im Kaukasus, München 2003; Maike Lehmann, *Eine sowjetische Nation*. Nationale Sozialismusinterpretationen in Armenien seit 1945, Frankfurt a. M. 2012.

Nachbarn ausgesetzt. Eine wirksame, überwölbende nationale Identität bildete sich nicht heraus. In der atomisierten moldauischen Gesellschaft verfolgte und verfolgt jede Gruppe eigene Gesellschafts-, Nations- und Staatsentwürfe; die Gegensätze werden durch die eigenen Deutungen tradierter Verlusterfahrungen noch gesteigert, da diese sich negativ auf die politische Kompromissbereitschaft bzw. -fähigkeit der Akteure vor Ort auswirken.

Auch Aserbaidschan stand im 19. und 20. Jahrhundert unter divergierenden Einflüssen der Nachbarn: Im Norden wirkte das großrussische, später sowjetische Machtstreben, im Süden die persische bzw. iranische Herrschaft. Der Beitrag von *Zaur Gasimov* beschreibt jedoch eine nationalbewusstere Gesamtgesellschaft. In ihr tragen die Debatten um nationale Verluste zu der Konstitution eines Nationalbewusstseins bei, das den jungen Nationalstaat – einstweilen – gegen Nachbarn wie gegen grenzüberschreitende Einflüsse festigen soll.

Bürgerkriege und regionale Konflikte

Der letzte Block des Bandes nähert sich dem Phänomen des Umgangs mit nationalen Verlusten aus einer spezifischen, die Chronologie des 20. Jahrhunderts durchschneidenden Perspektive. Bürgerkriege weisen in ihren nationalen Ursachen und Folgen immer wieder Querverweise und -verstreungen mit den stärker durch die internationale Entwicklung respektive Einrahmung geprägten Fallbeispielen der Vorkapitel auf. Der querliegende Ansatz zeigt die potenziell hohe, widersprüchliche Relevanz interner Konstellationen, die unter dem Signum von nationaler Bewährung, Einheit oder Größe die Nation aus sich selbst heraus in Frage stellen.

Im Falle Irlands liegen die tieferen Ursachen der Spaltung in einer langwierigen Entwicklung antagonistischer Identitäten der Bewohner begründet, wie *Stephen Duffy* deutlich macht. Während sich die protestantische Minderheit auf eine bis ins 17. Jahrhundert zurückreichende Verbindung zu Großbritannien beruft und hieraus ihr Selbstverständnis als Unionisten bezieht, ist das ursprünglich von der Französischen Revolution beeinflusste Ziel der irischen katholischen Nationalisten ein ungeteiltes und unabhängiges Irland. Der Gegensatz kulminierte in den Kämpfen seit 1914, die wiederum die Gräben zwischen Unionisten und Nationalisten noch vertieften. Als die Republik Irland 1949 die Verbindungen zum britischen Commonwealth endgültig löste, blieb Nordirland eine Provinz Großbritanniens. Auf lange Sicht können im Falle Irlands internationale integrierende Tendenzen im Rahmen der Europapolitik auf eine Annäherung der ungleichen Brüder hinwirken.

Dass die Teilung Chinas den Kalten Krieg überdauerte, weist nach *Lowell Dittmer* darauf zurück, dass die Spaltung Chinas trotz der frühen Einbindung in den Kalten Krieg aus inneren Bürgerkriegen resultierte. Das nationalchinesische Taiwan auf der einen und die Volksrepublik China auf der anderen Seite fügten sich früh in die bipolare Struktur des Kalten Kriegs ein. Substanzielle Positionsänderungen im Globalkonflikt konnten daher nicht ohne Auswirkung auf die Beziehungen zwischen Taipeh und Peking bleiben. Die Volksrepublik als stärkerer Part drängte und drängt weiterhin auf Wiedervereinigung. Taiwan dagegen entwickelte eine Kultur der Unabhängigkeit. In der politischen Identität der Insel spielten zudem zunehmend Bedürfnisse und Ansprüche der frühen Siedler eine Rolle, die nach dem Rückzug der Nationalchinesen nach Taiwan zunächst von deren Konflikt mit Maos Peking dominiert worden waren. Die letzten Ziele und Perspektiven der wirtschaftlichen und vorsichtigen politischen Annäherung über die Straße von Taiwan hinweg werden sich erst noch erweisen müssen.

Abschließend skizziert *Frances Trix* die Ansprüche und das Selbstverständnis der im Kosovo-Konflikt involvierten Serben und Albaner. Für den serbischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die serbisch-orthodoxe Kirche galt das Kosovo als Herzstück Serbiens; der Anspruch überdauerte die jahrhundertelange Herrschaft der Osmanen. Im Kosovo stellten jedoch Albaner die Mehrheit. Ungeachtet dessen sah sich die albanische Bevölkerung im Gesamtstaat Jugoslawien (und seiner Vorläufer) nahezu in kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen wieder. Mit dem Ende Jugoslawiens brachen traditionelle Hegemonialansprüche und nationale Abwehrreaktionen erneut auf. Das Kosovo erreichte dank der Intervention von NATO und UN die Eigenstaatlichkeit. Bis heute trägt Serbien schwer an dem vermeintlichen Verlust und erkennt die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an. Ob hier, analog zur potenziellen Entwicklung in Irland, die internationale Rahmehandlung der Europapolitik nationale Selbstsicht und -positionierung potenzieller Mitglieder ändern wird, bleibt abzuwarten.

IV.

Die hier versammelten Fallbeispiele belegen eine Vielzahl von nationalen wie internationalen Konstellationen und Wechselwirkungen, die „Rest“-Gesellschaften und -Staaten generierten. Diese setzten offenbar darauf, ihre neuen Verlusterfahrungen in existierende Selbstbilder und gewachsene nationale Identitäten einzubinden. Sie taten sich demnach nicht nur schwer damit, nationale Verluste zu akzeptieren, sondern sie zeigten auch wenig Neigung, angesichts der radikalen Herausforderungen ihre nationale Meistererzählung als Ganzes in Frage zu stellen. Mehr noch: Die wahrgenommenen Angriffe auf den nationalen Gesamtkörper führten zu einer nahezu reflexhaften Verstärkung tradiert nationaler Ansprüche und Visionen und trugen auf diese Weise wenn nicht zur Verstetigung, dann doch zur Verlängerung von Konflikten und Krisen bei. Mit diesen Befunden fügt sich der Umgang mit nationalen Verlusten im 20. Jahrhundert in die Kontinuität der nationalen respektive nationalstaatlichen Entwürfe und Mechanismen, die seit dem 19. Jahrhundert vorherrschten – und sie entsprachen damit auch Wirkungsprozessen und Entwicklungen, die dem *nation building* derjenigen neuen Staaten unterlegt waren, die den hier betrachteten Rest- oder Teilgesellschaften die Verluste – bewusst oder unwillentlich – beigebracht hatten. Dabei blieb die Einarbeitung der Verlusterfahrungen in das Gesamtprojekt der nationalen Selbstfindung ein komplexer Verhandlungsprozess, der immer an machtpolitische Konstellationen und politisch-ideologische Programme gekoppelt blieb. So stellte sich die Integration vermeintlicher oder tatsächlicher Verluste in die nationale Idee mitunter als subversive Kraft gegen die realpolitische Übermacht von Groß- oder Kolonialmächten dar und gewann hierdurch wiederum an Schärfe und Unversöhnlichkeit. Die nationale Idee hat, betrachtet man die Fallbeispiele, im 20. Jahrhundert nichts von ihrer Wirkungs- und Manipulationsmacht eingebüßt – das ist ein Befund, der sich bereits in vielen Untersuchungen über globale, regionale und nationale Prozesse des vergangenen 20. Jahrhunderts aufgedrängt hat. Es bleibt, wie bereits angesprochen, abzuwarten, ob neue internationale Einigungsprojekte oder grenzüberschreitende Interessenverbünde die nationale Idee überwölben können.

Wir möchten uns abschließend bei den Herausgebern der Schriftenreihe dafür bedanken, dass der Band in ihrer Reihe erscheinen konnte. Der Redaktion der Schriftenreihe sind wir für die gute und engagierte Betreuung des Bandes dankbar.